

Mira Burri, Dr., geboren 1975, hat Rechtswissenschaft in Sofia und Basel studiert und 2006 an der Universität Bern doktort. Seit 2009 lehrt sie internationales Medienrecht und internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Bern. Sie ist Leiterin der Forschungsgruppe «Digital Technologies and Trade Governance», die ein Teil des NCCR Trade Regulation bildet und am World Trade Institute der Universität Bern domiziliert ist. 2013 organisierte sie eine von Swiss Network for International Studies (SNIS) unterstützte internationale Konferenz zum Thema «The Institutionalization of Global Internet Governance: Multistakeholderism; Multilateralism and Beyond», welche die Zukunft der Internet-Regulierung diskutierte.

Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.



© Mira Burri

Die Zukunft des Internets entscheidet sich jetzt

Von Mira Burri

Das Internet prägt jede Facette unseres Lebens. Was als US-Militär-Experiment begann, ist heute eine Basistechnologie. Damit gelten die fundamentalen Menschenrechte auch im Internet, wie jüngst UN-Berichte bestätigten. Andererseits haben die Enthüllungen Edward Snowdens aufgezeigt, wie breit und tief die Überwachung des Internets ist. Welche Regeln gelten nun im Netz, und wer setzt sie fest?

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst vor Augen führen, was das Internet ist: Es ist weder einfach ein Gerät noch ein abstraktes Phänomen. Das Internet ist das Resultat einer komplexen Zusammenarbeit verschiedener Technologien, die auf drei Schichten angesiedelt sind: Erstens die physische (Netzwerk und Hardware), zweitens die logische (Protokolle und Software) und drittens die inhaltliche, auf der die eigentlichen Text-, Video- oder Audio-Messages platziert sind. Die Frage, wer das Internet kontrolliert, muss also auf diesen drei Ebenen gestellt werden. Dies geschieht in Debatten um die «Internet Governance», die ins Zentrum heftiger politischer Auseinandersetzungen gerückt ist. Um diese Debatten zu verstehen, muss man wissen, dass auf internationaler Ebene keine Organisation zur Regulierung des Internets geschaffen wurde. Das einzige Forum mit einem klaren Mandat für Internet-Angelegenheiten ist die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN). ICANN ist aber keine konventionelle internationale Organisation im Sinne der zwischenstaatlichen Kooperation und des Völkerrechts, sondern ein privates gemeinnütziges Unternehmen gemäss kalifornischem Recht. Der ICANN-Kompetenzbereich ist eher begrenzt und richtet sich etwa auf Fragen zur Verwaltung der IP-Adressen und Domänen-

namen. Gleichzeitig bestimmen vor dem Internet-Zeitalter entstandene Institutionen wie die Internationale Fernmeldeunion (ITU) oder die Welthandelsorganisation (WTO) wesentliche Elemente der regulatorischen Umgebung des Internets. So reguliert die WTO den Gesamthandel mit IT-Produkten, mit Telekommunikations- und Medien-Dienstleistungen sowie den Schutz geistigen Eigentums. Komplexität und Anfechtung prägen das Feld der globalen Internet Governance – zahlreiche Akteure behaupten ihre Kompetenz. Dieses Bild wird noch komplexer durch neue Akteure, die nicht an Staaten gekoppelt sind, sondern Interessen wirtschaftlicher, technischer oder zivilgesellschaftlicher Kreise oder gar einzelner Individuen vertreten: Das Internet gibt ihnen allen die Möglichkeit, aktiv an den Debatten teilzunehmen.

Dennoch bleibt der Nationalstaat von vorrangiger Bedeutung. Obwohl der digitale Datenfluss nicht an nationalen Grenzen halt macht, regulieren Staaten eigenmächtig verschiedene Aspekte des Internets. China ist ein anschauliches Beispiel tiefgreifender Internet-Zensur, aber längst nicht das einzige. Fast alle Staaten, auch demokratische, üben Kontrolle auf jeder der drei Schichten des Internets aus – durch Einschränkungen des Netzes, der Software oder des Inhalts. Je höher der Entwicklungsgrad digitaler Technologien und die Verfügbarkeit von Datenmengen (Big Data), desto einfacher wird die staatliche Kontrolle, wie Snowden eindrücklich aufzeigte.

Die NSA-Affäre könnte aber auch gewisse positive Auswirkung haben. Sie hat das bestehende System der globalen Internet Governance erschüttert und verursacht nicht nur heftige Reaktionen,

sondern führte auch zu konkreten Anstrengungen, grundlegende Werte wie Sicherheit und Privatsphäre auch im Cyberspace zu schützen. Der bisher weitreichendste Versuch wurde von der etwas sonderlichen politischen Allianz zwischen der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff und dem Präsidenten der ICANN, Fadi Chehadé, initiiert. Der Höhepunkt dieser Bemühungen wird Ende April 2014 in São Paulo an der «Global Multistakeholder Conference on the Future of Internet Governance» erwartet. Das Ziel ist ambitioniert: Ein Konsens zu den universalen Prinzipien des Internets und den institutionellen Formen der Internet Governance.

Wird die Konferenz ein Erfolg, verändert sich die Internet-Governance-Ordnung stark. Die Aufgabe ist aber gewaltig und verlangt die Entschärfung der Spannungen zwischen westlich dominierten Internet-Multistakeholder-Institutionen wie ICANN und den Forderungen nach einer bedeutenden Rolle von Staaten und UN-orientierten intergouvernementalen Institutionen. Die politische Ökonomie der Internet Governance hat bisher stabile Deals verhindert und zahlreiche Akteure in Machtpositionen bevorzugen noch immer den Status Quo. Ein wichtiges zu beobachtendes Verhältnis wird dasjenige zwischen Brasilien und der Europäischen Union sein – wenn diese Partnerschaft gelingt, dürfte die Wahrscheinlichkeit steigen, dass sich auch andere Parteien zusammenschliessen.

Es ist wichtig, dass sich das breite Publikum eine Meinung zu diesen wegweisenden Entwicklungen bildet und Forderungen formulieren kann. Denn es geht um zentrale Aspekte unseres digitalen Lebens.

Kontakt: Dr. Mira Burri, World Trade Institute, mira.burri@wti.org